

systemen und Munition eingestiegen. Die Wehrpflicht, so die Verfasser, ist nicht aufgehoben worden. Das bedeutet, dass das Land neben seinen etwa 700.000 aktiven Soldaten auf eine Reserve von mehreren Millionen Mann zurückgreifen könnte. Die Modernisierungen der Streitkräfte und deren operativ-strategische Ausrichtung im Ostseeraum lasse den Wunsch erkennen, vornehmlich in der Nachbarschaft militärisch eingreifen zu können. Aber die Beibehaltung einer großen Reserve kann nur dadurch erklärt werden, dass sich Russland auch für einen langanhaltenden größeren Krieg wappnen will – auch in Ostasien.

Im westlichen Militärdistrikt hält Russland hauptsächlich kleine, hochmobile, gut ausgebildete und modern ausgerüstete Verbände vor, die zudem in Friedenszeiten eine hohe Präsenz aufweisen. Sie sind geeignet, binnen kurzer Vorwarnzeit eingesetzt zu werden. Diese Zielsetzung reflektiert das neue russische Militärdenken, welches die Betonung auf die strategische Initiative legt, und dort insbesondere auf entscheidende erste Schläge, die bereits in der Frühphase eines Konflikts eine Entscheidung herbeiführen sollen. Dazu gehören vor allem präemptive und präventive Schläge. Außerdem wird dafür Sorge getragen, dass nach Beginn eines Konfliktes Verstärkung herangeführt werden kann. Diese Truppen können auch für Besatzungsaufgaben Verwendung finden.

Die Verfasser bilanzieren die wesentlichen Aufwüchse bei den Landstreitkräften, den Luftstreitkräften und der Luftabwehr. Sie listen die einzelnen Brigaden auf, die um Finnland und die Baltischen Staaten in den letzten Jahren aufgestellt worden sind und die dort für erhebliche Unsicherheit gesorgt haben. Besonderes Gewicht scheint die russische Militärführung dabei auf die Bekämpfung gegnerischer Kräfte durch Luftangriffe bzw. Angriffe durch ballistische Raketen und Marschflugkörper zu legen. Im Mittelpunkt der russischen Bemühungen stehe das Raketen-System Iskander, welches äußerst präzise Angriffe mit konventionellen und nuklearen Sprengköpfen durchführen könne. Eine in Luga bei St. Petersburg aufgestellte Iskander Brigade sei zusammen mit den etwa 200 weitgehend modernisierten Kampfflugzeugen eine fundamentale Bedrohung für die territoriale Existenz der baltischen Staaten, Finnlands und Schwedens. Sie erlauben die rasche und effektive Unterdrückung jeglichen lokalen Widerstands gegen eine Invasion. Die Stationierung einer Luftlandebrigade und einer Spezialeinheit (Spetsnaz) in dem Gebiet von Pskow nahe der estnischen Grenze sei ein weiteres Indiz dafür, dass die Vorbereitungen auf die Invasion der Nachbarstaaten zielen. Die russischen Streitkräfte hätten Aussicht auf raschen Erfolg, weil die Territorialverteidigung in allen NATO Staaten vernachlässigt worden sei.

Große Bedeutung messen die Verfasser auch der Stationierung von S-400 Luftabwehrsystemen im Kaliningrad Gebiet zu. Dieses hochmoderne und effektive System der Luftraumverteidigung würde es in einer Krisen-Situation der NATO erschweren, wenn nicht sogar verunmöglichen, Flugoperationen im Ostseeraum durchzuführen. In der Einschätzung der Verfasser hat die NATO den militärischen Aufbau Russlands im Ostseeraum sträflich vernachlässigt. Dadurch würde es Russland jederzeit möglich sein, eine militärische Operation zur Okkupation der baltischen Staaten und Finnlands mit großer Aussicht auf Erfolg durchzuführen. Die Verantwortung für diese Vernachlässigung sehen sie vor allem bei der deutschen und der französischen Regierung, die daran festhielten, dass Russland ein Partner und kein Gegner sei. Auch die US-Regierung habe in dieser Hinsicht bisher wenig geleistet, sie sei mehr auf Ostasien fixiert.

Zwar hat sich die Politik der NATO seit der russischen Annexion der Krim und der hybriden Invasion der Ost-Ukraine gewandelt und heute werden Militärmanöver der NATO unter Mitwirkung deutscher und amerikanischer Einheiten in den baltischen Staaten durchgeführt. Aber die grundlegende Problematik bleibt bestehen. Im Jahr 1990 war als Grundelement der europäischen Friedensordnung vorgesehen, dass kein Land die Fähigkeit erwerben soll, andere militärisch zu besetzen. Was den Ostseeraum betrifft, ist dieser Pfeiler nicht mehr existent.

http://www.doria.fi/bitstream/handle/10024/88963/TheDevelopmentOfRussian_netti.pdf

Liudas Zdanavičius and Matthew Czepak (eds.): Russia's Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security. Washington, D.C. und Riga: the Jamestown Foundation und die National Defence Academy of Latvia, Dezember 2015

Besprochen von **Leo Bamberger:** non-resident fellow, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel

DOI 10.1515/sirius-2017-0023

Die vorliegende Studie analysiert die russisch-belarussische Militärübung Zapad von Ende September 2013, die seinerzeit bei Experten und Politikern in Nordeuropa große Aufmerksamkeit erzielte. Diese Übung war nach Auffassung der Herausgeber keine normale Übung, sondern eine Demonstration militärischer Stärke gegenüber den baltischen und skandinavischen Staaten und auch gegenüber der NATO. Sie hat – noch vor den Ereignissen in der Ukraine – wesentlich dazu beigetragen, dass die russische Rüstungs- und Militärpolitik neu bewertet werden muss.

Zapad 2013 war von Russland bei NATO und OSZE als gemeinsam mit Belarus und anderen Staaten (Armenien, Tadjikistan) geplante Übung angemeldet worden, bestehend aus zwei angeblich separaten Teilübungen, von denen die eine mit 12.900 Soldaten in Belarus stattfinden sollte, die andere mit 9.400 im Bezirk Kaliningrad. Ziel der Übungen sollte es sein, eine terroristische Invasion gegen Belarus abzuwehren, die Angreifer zu isolieren und zu zerstören.

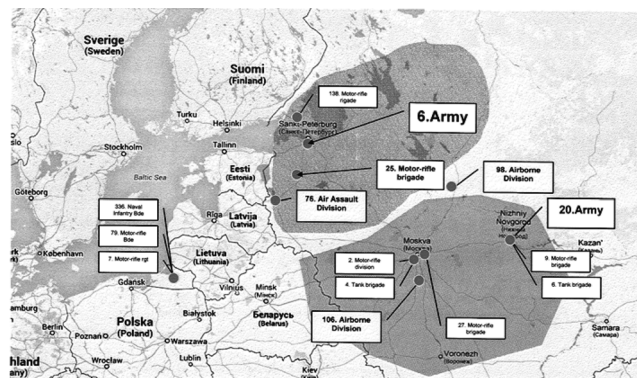
Die einzelnen Kapitel setzen sich in unterschiedlicher Weise mit der Übung auseinander. Neben Informationen über die historische Bedeutung von Großübungen für das russische (sowjetische) Militär (Ieva Berzina), werden vor allem russische Stellungnahmen und Informationen sorgfältig ausgewertet und analysiert (Stephen Blank, sowie Peter A. Mattsson und Jorgen Elfyng), wobei sehr großes Detailwissen vorgelegt wird. Interessanter ist die politische Auswertung, die sich vor allem in den Beiträgen von Pauli Järvenpää, Jacob W. Kipp sowie von Stephen Blank findet.

Die Ergebnisse der einzelnen Kapitel lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Der von Russland angegebene Umfang des Manövers von 22.300 Mann war irreführend. Diese Zahl betraf nur die eingesetzten Bodentruppen. Hinzu kamen bis zu 9.000 Angehörige von Marine und Luftwaffe sowie logistische Einheiten und Schienentruppen in einer Gesamtstärke von bis zu 20.000 Personen. Ebenso mitzählen muss man Verbände des Innenministeriums und der Zivilverteidigung in Höhe von 20.000 Personen. Dann gelangt man in der Summe zu einer Zahl von über 70.000, die noch bedeutend höher läge, wenn man einrechnet, dass zeitgleich das Innenministerium eine Mobilisierungsübung abhielt, in deren Rahmen weitere 25.000 Personen für paramilitärische Aufgaben einbezogen wurden.
2. Die Übung war keinesfalls nur auf den Grenzbereich von Belarus und auf das Gebiet von Kaliningrad beschränkt, sondern weitete sich auf zwei größere Gebiete um Petersburg und um Moskau aus. In diesen Gebieten kam es zu einer Vielzahl von militärischen und paramilitärischen Übungsaktivitäten, die alle in Beziehung zueinander standen und die die Absicht erkennen ließen, eine Vielzahl von Akteuren einzubinden. Das operative Kommando für die nördlichere Zone lag bei der 6. Armee, das der um Moskau gelegenen südlicheren Zone bei der 20. Armee
3. Das angegebene Ziel – Bekämpfung terroristischer Eindringlinge, die ganze Städte und Landstriche kontrollierten – wurde teilweise tatsächlich verfolgt. Dabei wurden Praktiken von „terroristischen Eindringlingen“ erprobt und übungsmäßig im Kampf getestet,

die dann im Frühjahr 2014 in der Ukraine von russischen Spezialtruppen und „Freiwilligen“ bei der Besetzung der Krim und von Teilen der Ostukraine angewandt worden sind. Im Verlauf der Übung wurde aber immer deutlicher, dass die russischen Streitkräfte im starken Masse auch die kombinierte, streikraftübergreifende Kriegführung auf einem regionalen Schauplatz übten, an der auch Truppen des Innenministeriums sowie der Zivilverteidigung teilhatten. Es wurden klassische Übungen konventioneller Kriegführung durchgeführt. Insbesondere wird in der Studie die große Bedeutung maritimer und amphibischer Operationen sowie von Luftlandeunternehmen erwähnt. Auch die Rolle der Luftwaffe und der Luftabwehr und spektakuläre Tests mit dem neuen Raketen-System Iskander passten nicht in das Bild einer Anti-Terroroperation. An der Übung nahmen erstmals auch Su-34 Flugzeuge teil. Anders als bei der Übung Zapad 2009 wurden dieses Mal keine Atomwaffen-schläge geübt.

4. Die Art der Ankündigung und Durchführung der Operation ließ erkennen, dass diese durchaus den Charakter strategischer Kommunikation hatte. Die russischen Streitkräfte stellten ihre Fähigkeiten zur raschen Verlegung mobiler und vielseitiger Einheiten ebenso unter Beweis wie das Funktionieren ihrer Führungs- und Kommandostrukturen. Vor allem die Transformation der Bodenstritkräfte in Richtung kombinierter, gepanzerter Brigaden scheint erfolgreich ausprobiert worden zu sein. Aber auch die Interoperabilität mit anderen Ministerien stand im Mittelpunkt der Übung.



ZAPAD 2013: die hauptsächlichen Übungsgebiete; © Pauli Järvenpää

Zapad 2103 habe, so die Verfasser, die wachsende Verbesserung der russischen militärischen Handlungsfähigkeit sowohl im klassisch-konventionellen wie im hybriden Bereich erkennen lassen und damit ein Signal in Richtung

NATO und Nachbarstaaten gesandt, welches nicht übersehen werden dürfe. Die Übung Zapad 2013 wird als im Wesentlichen gegen die Staaten des Baltikums und Skandinaviens gerichtet gesehen. Sie sei ein Stück Einschüchterung und ein Test für die Fähigkeit der NATO auch in diesem Teil Europas für Sicherheit zu sorgen.

<https://jamestown.org/wp-content/uploads/2015/12/Zapad-2013-Full-online-final.pdf>

Daniel A. Shlapak, Michael W. Johnson: Reinforcing Deterrence on NATO's Eastern Flank, RAND Corporation, Santa Monica 2016

Besprochen von **Dr. Karl-Heinz Kamp:** Präsident, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin

DOI 10.1515/sirius-2017-0013

Gerade in den Monaten vor dem NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016 entbrannte eine heftige Diskussion im Bündnis, ob die Allianz einer militärischen Aggression Russlands gegen das Baltikum gewachsen wäre. Einer der Auslöser für diese Debatte waren eine Reihe von militärischen Simulationen (Wargames), welche die amerikanische RAND-Corporation ab Mitte 2014 durchgeführt hatte. Die Ergebnisse dieser Simulationen sind in dem Papier von Shlapak und Johnson dokumentiert.

Dabei verweisen die Autoren zunächst auf den Umstand, dass gerade Präsident Obama explizit erklärt habe, die Sicherheit der drei Baltischen Staaten falls nötig auch militärisch verteidigen zu wollen. Mit diesem so deutlich ausgesprochenen amerikanischen „Commitment“ bekommt der Artikel 5 des NATO-Vertrages (der alle Mitgliedsstaaten zur Bündnissolidarität verpflichtet) ein besonderes Gewicht. Allerdings seien – so die Analyse – weder die USA noch die übrigen NATO Mitglieder auf eine solche Aufgabe militärisch vorbereitet. Dies sei während den unterschiedlichen Wargames auf erschreckende Weise deutlich geworden.

Sollte sich also die russische Regierung aus welchen politischen Gründen auch immer für eine militärische Aggression gegen die Baltischen Staaten entscheiden, so könne sie auf einen raschen militärischen Erfolg hoffen. Zunächst sei die Geografie in Nordosteuropa ohnehin von Vorteil für Russland. NATO-Streitkräfte, die während eines militärischen Konflikts mit Russland ins Baltikum vorrücken wollten, müssten zwangsläufig einen gut 100 km breiten Korridor zwischen Weißrussland, das in einem Konflikt auf der Seite Russlands stehen dürfte, und dem russischen Kaliningrad passieren. In dieser Phase wären sie hochverwundbar oder könnten an der Passage gehin-

dert werden. Auch hätte Russland zwei weitere militärische Vorteile: zum einen könne es kurzfristig deutlich mehr Streitkräfte in der Region konzentrieren als die NATO und zum anderen verfügten diese Streitkräfte auch über eine deutlich höhere Feuerkraft.

Die durchgeführten Wargames gingen von einem Szenario aus, in dem die NATO rund eine Woche Vorwarnung gehabt hätte und bereits einige Einheiten in die Region bringen konnte. Dennoch waren die simulierten russischen Angriffe in der Lage, in 36 bis 60 Stunden die drei baltischen Hauptstädte zu erreichen und unter Kontrolle zu bringen. Damit hätte Russland einen *Fait Accompli* geschaffen und könnte zu diesem Zeitpunkt die Kämpfe einstellen.

Die NATO hätte in einer solchen Situation nur drei Optionen, die alle negativ wären. Zum einen könne man sich – ähnlich wie in der Ukraine – mit der russischen Landnahme unter Protest abfinden. Die Folge wäre, dass die NATO als Sicherheitsbündnis ihre Handlungsunfähigkeit bewiesen hätte und womöglich zerfallen würde. Zweitens könne man, nachdem ausreichende Verstärkung von allem aus den USA nach Europa gebracht worden wäre, die russischen Streitkräfte militärisch wieder zurückdrängen. Dies hätte aber einen Landkrieg im Baltikum, einschließlich einem Häuserkampf um die besetzten Hauptstädte, zur Folge. In diesem Krieg wäre die NATO Russland zwar weit überlegen, allerdings wären Zerstörungen wie 1999–2000 in Grosny zu erwarten. Drittens könnte die NATO mit der nuklearen Eskalation drohen und wäre damit im gleichen Dilemma wie im Kalten Krieg: Jeder Ersteinsatz einer Nuklearwaffe – ganz gleich von welcher Seite – könnte eine unkontrollierte Eskalation bis hin zum „All Out Nuclear War“ in Gang setzen, welche die Menschheit als Ganzes bedrohen würde.

Aus den Ergebnissen des Wargaming leiten die Autoren klare Forderungen ab. Gerade die europäischen NATO-Mitglieder müssten den seit Jahren andauernden Trend der Reduzierung ihrer militärischen Verteidigungsfähigkeit unterbrechen und umkehren. Dabei ginge es nicht allein um Waffen und Munition. Auch die einst im Kalten Krieg vorhandene Infrastruktur zum Transport von militärischem Gerät von West nach Ost müsste zumindest in Teilen wieder hergestellt werden. Darüber hinaus sollten die USA drei Army Brigade Combat Teams (ABCT) für das Baltikum bereitstellen – keine kleine Investition aber angesichts der militärischen Bedrohung durch Russland durchaus berechtigt.

https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR1200/RR1253/RAND_RR1253.pdf